



AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung des Fürstentums Liechtenstein

Jahresbericht 2008



Herausgeber

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Heiligkreuz 14
9490 Vaduz

Ausländer- und Passamt
Städtle 38
9490 Vaduz

Amt für Wald, Natur und Landschaft
Dr. Grass-Strasse 12
9490 Vaduz

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED
Im Malarsch 14
9494 Schaan

Titelbild:
Nahrungsmittelverteilung durch das Welternährungsprogramm im Lager «Horebo»
in der Demokratischen Republik Kongo.

Editorial



Das Jahr 2008 war geprägt von horrend steigenden Nahrungsmittelpreisen, der Immobilienkrise in den USA und der sich daraus entwickelnden weltweiten Banken- und Finanzkrise. Im ersten Halbjahr explodierten die Nahrungsmittelpreise: Zwischen 2007 und 2008 stiegen sie im Durchschnitt um rund 50 Prozent. Besonders schwer von dieser Situation betroffen sind all jene Menschen, die bereits an der Armutsgrenze gelebt haben und nicht in der Lage sind, ihren Lebensstandard weiter einzuschränken. Für Millionen ärmerer Menschen, insbesondere in Asien, in den südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Staaten und in Zentralamerika, sind die dringend benötigten Grundnahrungsmittel unerschwinglich geworden. Diesen Menschen droht nun der Fall in die bittere Armut. Vielerorts steigt ausserdem die Gefahr gesellschaftlicher Unruhen.

Das Jahr 2008 war aber auch ein Jahr der Naturkatastrophen: Eine ganze Serie tropischer Wirbelstürme, darunter der Zyklon Nargis in Myanmar und die Wirbelstürme in Haiti, das Erdbeben in China und weitere zum Teil der Klimaerwärmung zugeschriebene Naturkatastrophen forderten 220'000 Tote und verursachten Schäden von rund 200 Milliarden US Dollar. Dabei sind die Menschen, welche ihr Hab und Gut verloren, ihre Heimat verlassen haben und bis heute um ihre Zukunft bangen, noch ungezählt.

Liechtenstein engagiert sich seit über vierzig Jahren für Menschen, die von Krisen, Katastrophen oder anderen Bedrohungen betroffen sind. Verschiedene Behörden, der Liechtensteinische Entwicklungsdienst LED und die liechtensteinischen Hilfswerke arbeiten Hand in Hand und setzen sich mit grossem Engagement für die Notleidenden Menschen ein. Nicht nur die staatlichen Mittel für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung IHZE haben sich in den letzten zehn Jahren praktisch verdoppelt. Auch die Spenden der liechtensteinischen Bevölkerung, welche regelmässig nach Aufrufen durch die liechtensteinischen Hilfswerke eingehen und von der Regierung aufgestockt werden, und die vielen privaten Initiativen zeugen von der anhaltenden und wachsenden Solidarität Liechtensteins mit benachteiligten Menschen.

Es freut mich, hiermit den ersten, von allen involvierten staatlichen Stellen und dem LED gemeinsam verfassten Jahresbericht über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung Liechtensteins präsentieren zu können. Er fasst die wichtigsten Zahlen und Fakten sowie die strategischen Grundlagen der IHZE zusammen und gibt Einblicke in die unterschiedlichen Aktivitäten Liechtensteins vor Ort.

Mein Dank gilt der liechtensteinischen Bevölkerung, den Nichtregierungsorganisationen und den Behörden für ihre Solidarität und ihr Engagement und ich wünsche ihnen allen eine interessante und anregende Lektüre!

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick



Die liechtensteinische IHZE beruht auf dem Prinzip der Solidarität mit benachteiligten oder von Unglück betroffenen Menschen und begleitet diese auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben.

Inhalt

Grundlagen	6
Grundsätze und Ziele	6
Kernaufgaben	7
Partner	7
Zuständigkeiten	9
Rolle der Zivilgesellschaft	9
Kategorien	9
Not- und Wiederaufbauhilfe	9
Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe	10
Entwicklungszusammenarbeit	11
Ausgaben	13
Mittelverteilung nach Kategorien	14
Mittelverteilung nach Regionen	14
Aktivitäten	16
Not- und Wiederaufbauhilfe	16
Unterstützung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)	16
Beiträge an Finanzierungsmechanismen	18
Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe	20
Beteiligung an Migrationspartnerschaften der Schweiz mit Ländern im Westbalkan	20
Staatliche Registrierung von verletzlichen Romagruppen in Bosnien und Herzegowina	21
Prävention irregulärer Migration im Westbalkan	22
Friedensarbeit und Verhinderung von Menschenhandel in Bosnien und Herzegowina	22
Nachhaltige Integration der ethnischen Minderheiten und Schulprojekte im Kosovo	23
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	25
Informationsplattform zu Pflanzenschädlingen und Krankheitsüberträgern	27
Ein Radio zur Förderung des biologischen Landbaus	28
Landwirtschaftlicher Langzeit-Systemvergleich in den Tropen	29
Ernährungssicherheit in Niger	29
Dr. Heinz Frick – ein Leben im Dienst der Entwicklungszusammenarbeit	31
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	34
Folterprävention und -bekämpfung als Teil des Engagements für Good Governance	35
HIV/Aids – ein globales Problem	36
Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern in Zentralasien und im Kaukasus	38
Energie- und Ressourcenmanagement in Kirgistan	38
Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern im Kaukasus und in Russland	40
Internationale Solidarität als Priorität der liechtensteinischen Aussenpolitik	41

Grundlagen

6 |

Grundsätze und Ziele

Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZE) umfasst alle Formen des humanitären und entwicklungspolitischen Engagements des Staates Liechtenstein und des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED). Diese sind im Gesetz über die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung von 2007 verankert.

Solidarität

Die IHZE beruht auf dem Prinzip der Solidarität mit benachteiligten oder von Unglück betroffenen Menschen und hat zum Ziel, die Interessen dieser Menschen zu wahren, deren Lebensumstände zu verbessern und neue Zukunftsperspektiven zu schaffen. Zusammen mit allen anderen Staaten trägt Liechtenstein damit die Verantwortung für die Ausgestaltung einer friedlichen, sicheren und für alle Menschen lebenswerten Welt.

Selbstverantwortung

Um die Lebenssituation benachteiligter Menschen nachhaltig verbessern zu können, ist Selbstverantwortung und Partizipation Voraussetzung. Die IHZE bietet Unterstützung und Know-how zur Lösung von Problemen und zur Förderung der Entwicklung. Die Hauptverantwortung liegt jedoch bei den Menschen vor Ort, welche ihre Entwicklung aus eigener Kraft und eigenem Willen vorantreiben. Damit sollen das kulturell verankerte Wissen, die Bereitschaft für Veränderungen und die Verantwortung für das Leben in der eigenen Gesellschaft gefördert sowie Abhängigkeiten vermieden werden. Nur so kann die Kluft zwischen Arm und Reich nachhaltig verringert werden.

Chancengleichheit

Die Aktivitäten der IHZE folgen dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Alle Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, ihres Geschlechts oder anderer Merkmale sollen die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Potenziale erhalten. Das Augenmerk gilt insbesondere den verletzlichen Gruppen, wie Frauen und Kindern, älteren oder sozial benachteiligten Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Flüchtlingen und Vertriebenen.



Die IHZE sorgt sich besonders um das Wohl verletzlicher Gruppen: Frauen und Kinder, ältere oder sozial benachteiligte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge und Vertriebene.

Wirksamkeit

Die Mittel der IHZE sollen möglichst wirksam und zum grösstmöglichen Nutzen für die Betroffenen eingesetzt werden. Eine sorgfältige und zweckentsprechende Mittelverwendung wird durch die Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern, durch eine regelmässige Berichterstattung und durch die persönliche Überprüfung und Überwachung der Projekte vor Ort erreicht. Die globalen entwicklungspolitischen und humanitären Probleme können nur über die koordinierte Anstrengung aller Politikbereiche nachhaltig gelöst werden. Daher bemüht sich die IHZE um die Berücksichtigung humanitärer und entwicklungspolitischer Aspekte in allen Gestaltungsspielräumen der internationalen Umwelt-, Handels- und Wirtschaftspolitik Liechtensteins.

Kernaufgaben

Die IHZE konzentriert sich auf die folgenden fünf Kernaufgaben:

1. Beistand für Opfer von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten
2. Bekämpfung von Hunger und Armut
3. Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung von benachteiligten und marginalisierten Weltregionen
4. Einsatz für Frieden, Freiheit und Sicherheit aller Menschen sowie für die Wahrung ihrer Menschenwürde
5. Erhaltung der Umwelt und Förderung eines verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen

Partner

Zur Erfüllung der Kernaufgaben arbeitet Liechtenstein eng zusammen mit der betroffenen Bevölkerung und mit lokalen Organisationen, mit Hilfs- und Entwicklungsorganisationen aus Liechtenstein und aus der Schweiz, aus Österreich und Deutschland sowie mit europäischen und internationalen Organisationen. Insgesamt unterhält die IHZE Arbeitsbeziehungen mit über 100 Partnern. Der Grossteil der liechtensteinischen Unterstützung erfolgt über die Bereitstellung finanzieller Mittel. Parallel dazu erfolgt auch ein aktiver Wissenstransfer über den Einsatz von Fachleuten aus Liechtenstein. Diese sind als Projektmitarbeitende vor Ort, als Angestellte bei internationalen Organisationen (sogenannte «Secondments») oder als Ad-hoc-Experten tätig und werden von Liechtenstein finanziert.

Die wichtigsten IHZE-Partnerorganisationen

Multilaterale Organisationen und Fonds:

Sekretariat der Alpenkonvention; Büro der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR); Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA); Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC); Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP); Europarat; Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen gegen HIV/Aids (UNAIDS); Globaler Fonds gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose; Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA); Internationales Zentrum für Asset Recovery (ICAR); Internationale Organisation für Migration (IOM); Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE); Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP); Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD); Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF); Minenaktionsdienst der Vereinten Nationen (UNMAS); UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR); UNO-Fonds für Folteropfer (UNVFVT); Welthandelsorganisation (WTO); Welternährungsprogramm (WFP).

Staatliche oder teilstaatliche Organisationen:

Österreichische Entwicklungsagentur (ADA); Schweizerische Direktion für Zusammenarbeit und Entwicklung (DEZA); Schweizerisches Bundesamt für Migration (BMF).

Internationale Nichtregierungsorganisationen (NGO):

BioVision; Geneva Call; Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC); Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK); Internationale Union für die Erhaltung der Natur (IUCN); Millennium Institute; Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW); Vereinigung für Folterprävention (APT); Weltorganisation gegen Folter (OMTC); Refugee Education Trust (RET).

Nationale oder lokale Nichtregierungsorganisationen:

Allianz zentralasiatischer Gebirgsdörfer (CAMP Alatau); Caritas Liechtenstein; Caritas Schweiz; Caritas Vorarlberg; Caritas Banja Luka; Christlicher Friedensdienst; Deutscher Entwicklungsdienst (DED); Forschungsinstitut für Biologischen Landbau Schweiz (FiBL); Werk der Frohbotschaft; Helvetas; Hilfswerk Liechtenstein; Hilfswerk Austria; Horizont 3000; Inter Aide; Liechtensteinisches Rotes Kreuz; Medienhilfe Schweiz; Mission 21; Nouvelle Planete; Planet Finance; Regionales Umweltzentrum Kaukasus (REC Caucasus); Regionales Umweltzentrum Russland (REC Russia); Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH); Solidar-Med; Stiftung Kinderdorf Pestalozzi; Swisscontact; Swissaid; Terre des Hommes; Verein für Humanitäre Hilfe; Watson Institute.

Zuständigkeiten

Die IHZE liegt in der Verantwortung des liechtensteinischen Aussenministeriums. Das zuständige Regierungsmitglied wird in strategischen Fragen unterstützt und beraten von der Kommission für Entwicklungspolitik, welche aus internationalen Experten der Entwicklungszusammenarbeit, Migrationspolitik und internationalen Wirtschaft zusammengesetzt ist und 2009 ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Die operativen Aufgaben der IHZE werden vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten, vom Ausländer- und Passamt, vom Amt für Wald, Natur und Landschaft sowie vom Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) wahrgenommen. Die Koordination obliegt dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten.

Rolle der Zivilgesellschaft

Die liechtensteinische Bevölkerung spielt seit jeher eine aktive Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit und in der humanitären Hilfe. Die Entstehung des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) – bis heute die zentrale Organisation der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit – geht auf das Engagement der Zivilbevölkerung in den 60er Jahren zurück. Das Gesetz über die IHZE fördert die Solidarität der liechtensteinischen Bevölkerung über das Instrument der Spendenaufstockung, indem Spenden der liechtensteinischen Bevölkerung durch staatliche Mittel der IHZE aufgestockt werden.

Kategorien

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe umfasst Massnahmen, welche die *unmittelbare Rettung von Menschenleben* während und nach politischen Krisen, bewaffneten Konflikten und bei Naturkatastrophen sichern und das Leiden der betroffenen Menschen lindern. Daneben werden mit dem *Aufbau von Infrastruktur und von gesellschaftlichen Strukturen* die Voraussetzungen für die weitere gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen geschaffen. Sofortmassnahmen bestehen beispielsweise in der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Zelten, Decken, Öfen. Die Instandsetzung von Häusern, Schulen, Krankenhäusern, Wasserleitungen und ähnlich elementarer Infrastruktur dienen bereits dem Wiederaufbau.



Die Rettung von Menschenleben und der Wiederaufbau von Häusern und elementarer Infrastruktur sind Ziel der Not- und Wiederaufbauhilfe.

Die Not- und Wiederaufbauhilfe bemüht sich ausserdem, akute Notsituationen durch gezielte *Vorbeugemassnahmen* zu verhindern. Diese Zielsetzung beruht auf der Erkenntnis, dass sich viele Katastrophen und Krisen schon vor dem eigentlichen Ausbruch der akuten Notsituation abzeichnen und in diesem Stadium Hilfe wirksamer und mit weniger finanziellem Aufwand möglich ist. Die Mittelvergabe in der Not- und Wiederaufbauhilfe richtet sich in erster Linie nach der Dringlichkeit einer Situation. Dabei werden weder inhaltliche noch geographische Einschränkungen vorgenommen.

Ein besonderes Augenmerk legt die Not- und Wiederaufbauhilfe auf so genannte *vergessene Konflikte und Notsituationen*. Dies betrifft Regionen, die aus verschiedenen Gründen – z. B. weil die Situation schon seit Jahren gleichbleibend ist oder weil sie von einer noch grösseren internationalen Katastrophe oder Krise medial überdeckt wird – nicht (mehr) im Zentrum des internationalen Interesses stehen.

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Der Migrationsdruck auf die westlichen Staaten hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Liechtenstein vergibt daher bereits seit längerem namhafte Beiträge an Projekte zur Lösung der damit verbundenen Probleme. In Zusammenarbeit mit den umliegenden Ländern leistet Liechtenstein dadurch einen solidarischen Beitrag zur Linderung der internationalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik.

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe beschränkt sich nicht auf Personen, welchen im Sinne der UNO-Flüchtlingskonvention von 1951 Flüchtlingsstatus zukommt, sondern befasst sich auch mit der Problematik von Binnenvertriebenen (Personen, die innerhalb eines Landes geflohen sind), Rückkehrenden, Staatenlosen und von anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen. Zentrales Anliegen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe ist die *Unterstützung betroffener Personen* bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, der Förderung der selbstverantwortlichen Lebensführung und der optimalen Nutzung ihrer Potenziale. Sie umfasst Massnahmen zur Integration von Rückkehrenden, inklusive Bildung, Gesundheit, Gemeinde- und Gemeinschaftsentwicklung, Minderheitenschutz und Versöhnung. Weltweit setzt sich die internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe für die *Verbesserung von Flüchtlings- und Migrationsregimen* ein. Sie unterstützt die Herkunfts- und Zielländer in der Suche nach dauerhaften Lösungen und dem Aufbau entsprechender Strukturen, welche die Situation für die flüchtende oder migrierende Person langfristig verbessern sollen. Ausserdem fördert sie die *Einhaltung völkerrechtlicher, menschenrechtlicher und humanitärer Standards* in Zusammenhang mit der Migration und bekämpft menschenverachtende Praktiken wie Menschenschmuggel oder Menschenhandel.



Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe Liechtensteins leistet einen solidarischen Beitrag zur Linderung der weltweiten Flüchtlings- und Migrationsproblematik.



Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich besonders auf ländliche und strukturschwache Gebiete.

Die Entwicklungszusammenarbeit zielt auf eine nachhaltige und umfassende Entwicklung von benachteiligten und marginalisierten Weltregionen. Die *bilaterale Entwicklungszusammenarbeit* konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen in zwölf Schwerpunktländern und wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Regierung durchgeführt. Mit der *multilateralen Entwicklungszusammenarbeit* wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität, beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf *ländliche und strukturschwache Gebiete*, da diese besonders unter mangelnder Infrastruktur, unter Versorgungsengpässen, aber auch unter den Folgen von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten (z. B. Verminung) leiden und grundsätzlich schwerer zugänglich sind.

Die Förderung der Grundversorgung in den Bereichen *Ernährung und Gesundheit*, einschliesslich des Zugangs zu lebensnotwendigen Ressourcen für möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft, ist ein zentrales Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit. Eine fehlende Grundgesundheitsversorgung, zu der auch der Mangel an Nahrung zu zählen ist, kennzeichnet das wohl grösste Hindernis für die Entwicklung beziehungsweise den Wiederaufbau einer Gesellschaft.

Analphabetismus und fehlende Grundschulbildung sowie fehlende Berufsausbildung unter der breiten Bevölkerung sind ebenfalls entscheidende Hindernisse für die Entwicklung einer Gesellschaft. Die Entwicklungszusammenarbeit hat daher zum Ziel, allgemeinen Zugang zur *Grundschulbildung* (d. h. Primar- und Sekundarstufe bis zur Maturität) und zu einer einfachen Berufsbildung zu fördern.

Das Wirtschaftswachstum wird allgemein als Motor jeder Entwicklung und als Indikator des Wohlstands eines Landes angesehen. Dabei wird oft zu wenig berücksichtigt, dass nicht alle Teile einer Bevölkerung von diesem Wachstum profitieren können. Insbesondere *armutsorientiertes Wachstum* (Pro-Poor-Growth), das heisst Wachstum, bei welchem vor allem das Einkommen der Armen zunimmt, kann Entwicklungs- und Transitionsländer aus der Armutsfalle führen. Eine zentrale Voraussetzung für das wirtschaftliche Fortkommen von armen Schichten der Bevölkerung ist deren Zugang zu Kleinkrediten. Mit der gezielten Förderung von *Mikrofinanzdienstleistungen* will die IHZE für diese Menschen, die bisher keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Finanzmarkt hatten, die Entwicklungschancen verbessern. Die «Microfinance Initiative Liechtenstein» (www.microfinance.li) fördert Mikrofinanzdienstleistungen durch Aktivitäten in den drei Bereichen Forschung, technische Unterstützung und Investitionen.

Eine weitere notwendige Voraussetzung für ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum ist die Möglichkeit der armen Bevölkerung, die von ihr hergestellten Güter unter guten Arbeitsbedingungen und zu fairen Löhnen produzieren und auf dem (internationalen) Markt zu fairen Preisen verkaufen zu können. Indem die IHZE sich dafür einsetzt, dass Produkten aus wirtschaftlich benachteiligten Regionen ein *Marktzugang unter fairen Bedingungen* verschafft wird, kann sie ebenfalls zu einer gerechteren Einkommensverteilung und zu einem breitenwirksamen, armutsorientierten Wirtschaftswachstum beitragen.

Eine intakte Umwelt sowie die *nachhaltige Entwicklung und Nutzung natürlicher Ressourcen* sind notwendige Voraussetzungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Dabei stellt nicht nur die Knappheit bestimmter natürlicher Ressourcen, sondern der mangelnde Zugang zu diesen Ressourcen für viele arme Regionen zunehmend ein Problem dar. Die IHZE setzt sich dafür ein, dass die Umwelt und die natürlichen Ressourcen auch kommenden Generationen als Lebensgrundlage dienen können.

Entscheidend für den Aufbau und die Entwicklung eines Landes ist schliesslich eine *gute Regierungsführung* (Good Governance), die auf der Basis von Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundsätzen ein Mindestmass an Rechts- und Lebenssicherheit garantiert sowie ein friedliches Zusammenleben seiner Bevölkerung zu erhalten sucht. Die Förderung einer guten Regierungsführung ist daher ebenfalls ein zentrales Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit.

Die «Microfinance Initiative Liechtenstein» fördert Mikrofinanzdienstleistungen für Menschen, die keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Finanzmarkt haben und gibt diesen Menschen damit die Chance für ein wirtschaftliches Fortkommen.

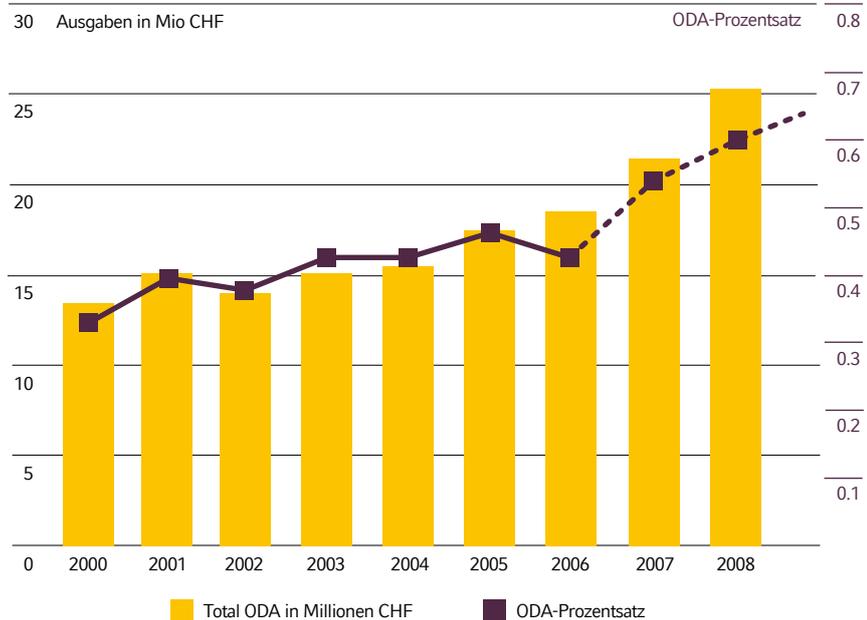


Ausgaben

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz. Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7. Um dieses Ziel in Liechtenstein zu erreichen, wurden die Mittel für die ODA von der Regierung seit 2000 beinahe verdoppelt. Während der ODA-Prozentsatz im Jahr 2000 0.32 und im Jahr 2006 0.43 betrug, wird er im Jahr 2009 voraussichtlich die 0.6-Prozentmarke überschreiten, sodass die Erreichung des von der Regierung gesetzten Ziels von 0.7 Prozent bis zum Jahr 2015 durchaus realistisch erscheint.

Die IHZE verfügte im Berichtsjahr 2008 über Mittel von CHF 25'502'309. Der ODA-Gesamtbetrag, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfließen, belief sich auf CHF 25'984'138.

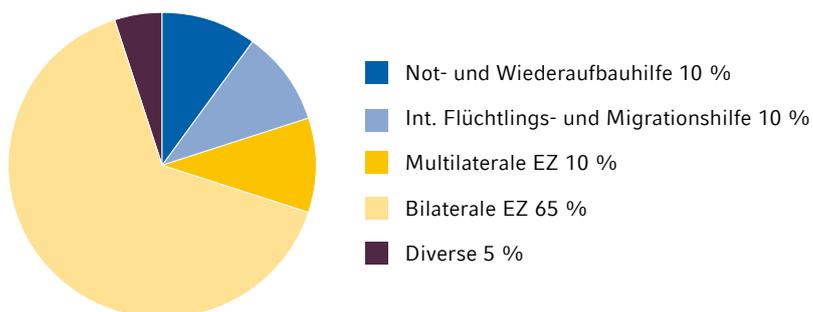
ODA-Ausgaben 2000-2008



Mittelverteilung nach Kategorien

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist das bedeutendste Standbein der liechtensteinischen IHZE. Zwei Drittel der Mittel fließen in bilaterale Entwicklungsprojekte. Jeweils zehn Prozent der Mittel werden über die anderen Kategorien ausgeschüttet.

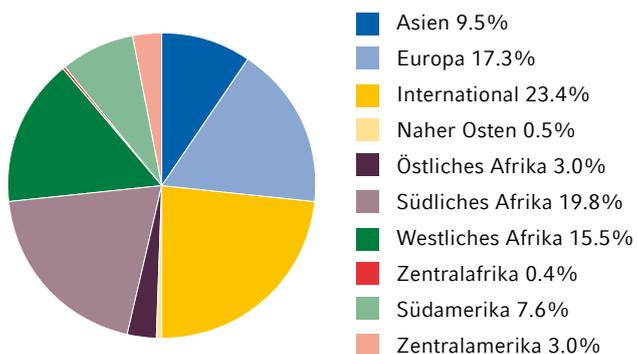
Mittelverteilung nach Kategorien



Mittelverteilung nach Regionen

Mehr als ein Drittel (38 Prozent) der liechtensteinischen IHZE-Mittel fließt nach Afrika. Ein Sechstel (17 Prozent) wird in Europa verwendet, insbesondere durch Projekte im Balkan und in der Republik Moldau. Die Aktivitäten in Asien (10 Prozent) befinden sich noch im Aufbau. Erst seit Kurzem bestehen die Projekte in den neueren Schwerpunktländern Kirgistan und Afghanistan. Ein Viertel der Mittel wird nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese in der Sparte «international» zusammengefassten Beiträge sind essenziell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programmen zu unterstützen beziehungsweise Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

Regionale Verteilung der IHZE-Mittel 2008





Die Aktivitäten in Asien, insbesondere in den neuen Schwerpunktländern Kirgistan und Afghanistan, befinden sich noch im Aufbau.

Aktivitäten

16 | Im Berichtsjahr 2008 wurden finanzielle Beiträge an insgesamt 210 Projekte, Programme oder Organisationen geleistet. Die folgende thematische Auswahl zeigt einen repräsentativen Ausschnitt aus dem gesamten Tätigkeitsbereich der IHZE. Die umfassende Projektliste wird jährlich im Rechenschaftsbericht der Regierung veröffentlicht.

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Vorbeuge- und Hilfsmassnahmen zur Erhaltung menschlichen Lebens und zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Sie umfasst auch den mittelfristigen Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur in Regionen, die von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten betroffen sind.

2008 war ein Jahr grosser Herausforderungen im humanitären Bereich. Zum einen haben Naturkatastrophen wie der Zyklon Nargis in Myanmar, das verheerende Erdbeben in China, Überschwemmungen in Indien und Brasilien oder die Wirbelstürme in der Karibik die Gefahren und Auswirkungen ungezügelter Naturgewalten erneut deutlich gemacht. Zum anderen verhinderten politisch komplexe Krisen und ungelöste Konflikte vielerorts (z. B. in verschiedenen afrikanischen Ländern, in Afghanistan oder im Irak) eine Verbesserung der prekären humanitären Lage der lokalen Bevölkerung. Erschwerend wirkte die Finanz- und Nahrungsmittelpreiskrise, durch welche die Kosten der humanitären Hilfe anstiegen und die Spendebereitschaft der Geber zurückging. Vor diesem Hintergrund setzte sich Liechtenstein im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe für eine Verbesserung der humanitären Lage in verschiedenen Weltregionen und insbesondere in Ländern, die von so genannten vergessenen Konflikten betroffen sind, ein. Bei der Umsetzung dieses Engagements wurde Wert auf die langfristige Zusammenarbeit mit bewährten Partnern gelegt. Im Folgenden werden zwei Beispiele für solche Unterstützungen im Jahr 2008 genauer beleuchtet.

Unterstützung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)

Das IKRK gehört traditionell zu den wichtigsten Partnerorganisationen Liechtensteins auf dem Gebiet der Not- und Wiederaufbauhilfe und erhält die höchste finanzielle Unterstützung innerhalb dieser Kategorie. Im Jahr 2008 wurden dem IKRK insgesamt CHF 700'000 zur Verfügung gestellt. Neben einem Beitrag für den IKRK-Hauptsitz in Genf (CHF 200'000) wurden Hilfsprogramme des IKRK in Israel/Palästina, auf den Philippinen, in Uganda (je CHF 100'000), in der Demokratischen Republik Kongo und in Kolumbien (je CHF 75'000) unterstützt. Zudem wurden die Aktivitäten des IKRK zur Hilfe von Minenopfern mit einem Beitrag (CHF 50'000) bedacht.



In einem IKRK-Lager in Goma in der Demokratischen Republik Kongo bereiten Freiwillige der lokalen Rotkreuz-Gesellschaft die Nahrungsmittelverteilung vor.

In *Uganda* stellte sich die Situation und das Engagement des IKRK im Berichtsjahr wie folgt dar: Obwohl sich die Sicherheitslage im nördlichen Teil des Landes durch den Waffenstillstand zwischen der Regierung und der Rebellengruppe «Lord's Resistance Army» im August 2006 verbesserte, sind die Bedürfnisse nach humanitärer Hilfe noch immer substantiell. Sehr viele Menschen in *Uganda* sind nach wie vor eingeschränkt in ihrer Sicherheit, im Zugang zur Grundversorgung und in Bezug auf ökonomische Möglichkeiten. Dies trifft insbesondere auf die grosse Zahl der als Folge des jahrelangen Konflikts vertriebenen Personen zu, welche mittlerweile in ihre Herkunftsgegenden zurückgekehrt sind oder sich auf dem Weg dorthin befinden. In Anbetracht dieser Situation hat das IKRK, welches in *Uganda* bereits seit 1979 aktiv ist, seine humanitäre Hilfe im Jahr 2008 fortgesetzt. Dabei engagierte es sich insbesondere für mehrere Hunderttausende von Binnenvertriebenen, welche es bei der Rückkehr in ihre Herkunftsgegenden unterstützte. Zudem ergriff das IKRK auch Massnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Absicherung der lokalen Bevölkerung wie zum Beispiel so genannte «Cash-for-Work»-Projekte, welche insbesondere für die vielen zurückgekehrten Familien von grosser Bedeutung sind. Die Hilfsaktivitäten des IKRK in *Uganda* werden von Liechtenstein bereits seit 2007 mitfinanziert.

Einen weiteren Schwerpunkt des IKRK-Engagements in Afrika bilden die Hilfsaktivitäten in der *Demokratischen Republik Kongo*. Nachdem im Osten des Landes bereits im August 2007 Kämpfe zwischen der kongolesischen Armee und bewaffneten Gruppen ausgebrochen waren, konnte zwar im Januar 2008 ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es bereits Ende August 2008 zu einem Wiederaufflammen gewaltsamer Auseinandersetzungen in der Provinz Nord-Kivu, wodurch dort über 250'000 Menschen vertrieben wurden. Die Gewaltausbrüche hatten eine verheerende Wirkung auf die Bevölkerung (u. a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Schutz vor Gewalt), so dass die Situation vor Ort mittlerweile zu den weltweit schwersten humanitären Krisen gezählt werden muss. Vor diesem Hintergrund verstärkte das IKRK im Jahr 2008 seine Präsenz in dieser Region und konzentrierte seine Hilfsaktivitäten insbesondere auf vom Konflikt betroffene verletzte Gruppen (wie z. B. Binnenvertriebene und Familien). Dabei versuchte es, das Überleben dieser Menschen sicherzustellen und gleichzeitig ihre Selbstversorgung zu fördern. Das Engagement des IKRK erfolgt dabei in Zusammenarbeit mit UNO-Behörden und anderen Organisationen. Auf diesem Weg sollen Doppelspurigkeiten oder Lücken bei der Hilfeleistung vermieden werden.

Beiträge an Finanzierungsmechanismen

Neben der Unterstützung operativ tätiger humanitärer Organisationen leistet Liechtenstein in der Not- und Wiederaufbauhilfe finanzielle Beiträge an Mechanismen beziehungsweise Fonds, welche zum einen zur Sicherung der umgehenden Mittelbereitstellung bei humanitären Krisen beitragen und zum anderen der Unterfinanzierung der humanitären Hilfe im Falle von vergessenen Notsituationen entgegenwirken sollen. Zu den wichtigsten dieser Mechanismen gehören der zentrale Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF) sowie der Immediate Response Account (IRA) des Welternährungsprogramms (WFP). Beide wurden im Jahr 2008 von Liechtenstein mit grösseren Beiträgen unterstützt.

Der im Jahr 2006 gegründete Nothilfefonds *CERF*, über welchen im Jahr 2008 ein Total von rund 450 Millionen USD an Hilfsgeldern bereit gestellt wurde, ist strukturell eine Mischform aus Darlehen und Schenkungen. Dass der Fonds einen grossen Teil der Gelder ohne Rückzahlungsverpflichtung zur Verfügung stellt, hat den Vorteil, dass sich die humanitären Organisationen – im Falle des CERF handelt es sich dabei um Organisationen, welche zum UNO-System gehören (z. B. WFP, UNICEF oder UNHCR) – nicht mit der risikoreichen Kapitalrückzahlungsfrage befassen müssen, bevor sie in einer Krisensituation Mittel einsetzen. Im Jahr 2008 profitierten insgesamt 55 Länder von Hilfsgeldern aus dem CERF. Dabei flossen gut die Hälfte dieser Mittel in Hilfsaktivitäten im südlich der Sahara gelegenen Afrika (z. B. Demokratische Republik Kongo, Äthiopien und Kenia) und etwa ein Viertel in solche in Asien (z. B. zur Linderung der Folgen des Zyklons Nargis in Myanmar). Die restlichen Gelder verteilten sich auf Hilfsaktionen in Lateinamerika und der Karibik sowie im Nahen Osten. Liechtenstein unterstützte den CERF im Jahr 2008 mit einem Beitrag von CHF 200'000.



Eine Frau in einem Dorf der Provinz Nord Kivu in der Demokratischen Republik Kongo wartet auf eine Nachricht vom Roten Kreuz.

Micheline füttert ihre eineinhalbjährige Tochter Merline im WFP-Ernährungszentrum mit Brei, der einzigen Mahlzeit, die das Mädchen erhält. Micheline und ihr Mann haben ihr gesamtes Eigentum durch mehrere Wirbelstürme verloren, welche die Westküste Haitis im Herbst 2008 heimgesucht haben.



Ein zweiter Mechanismus, zu dessen Finanzierung Liechtenstein bereits seit mehreren Jahren beiträgt, ist der *Immediate Response Account (IRA)* des *Welternährungsprogramms (WFP)*. Vor dem Hintergrund der Nahrungsmittelpreiskrise erhöhte Liechtenstein seinen Beitrag an den IRA im Jahr 2008 auf CHF 100'000. Die Gelder aus dem IRA helfen dem WFP, unmittelbar auf eine neu entstandene Krisensituation zu reagieren. Innerhalb weniger Stunden können auf diesem Weg neue Nothilfeoperationen anfinanziert und bereits bestehende Operationen als Antwort auf zusätzlichen Bedarf kurzfristig aufgestockt werden.

Während des Jahres 2008 hat das WFP den IRA vor allem dafür genutzt, um auf Naturkatastrophen zu reagieren. So konnten zum Beispiel in Myanmar als Reaktion auf die durch den Zyklon Nargis angerichteten Zerstörungen relativ rasch dringend notwendige Gelder bereitgestellt werden. Auch in Laos, Nepal oder auf Haiti konnte das WFP Flutopfern dank des Rückgriffs auf den IRA kurzfristig helfen. Auch grosse WFP-Operationen, wie etwa die WFP-Programme im Sudan, in Äthiopien oder in der Demokratischen Republik Kongo, die auf zunehmende Nahrungsmittelknappheit reagieren mussten, konnten dringend benötigte Nothilfe dank finanzieller Unterstützung aus dem IRA fortsetzen. Insgesamt hat das WFP im Jahr 2008 über 140 Millionen USD aus dem IRA kurzfristig bereitgestellt.

*Andrea Hoch und Dominik Marxer
Amt für Auswärtige Angelegenheiten*

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik und auf den weltweiten Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden, Staatenlosen und anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen, ausgerichtet.

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (IFMH, ehemals Wiederaufbauhilfe) konzentrierte sich in den letzten Jahren auf Grund der Folgen des Bürgerkrieges auf die Staaten des westlichen Balkans. In den Jahren nach dem Krieg wurde die Wiedereingliederung von Rückkehrenden durch umfangreiche Projekte in den Bereichen Infrastruktur (Wiederaufbau von Häusern, Schulen oder Infrastruktur) sowie Gesundheit und Bildung gefördert. Daneben erhalten aber auch Organisationen finanzielle Unterstützung, welche sich international für Projekte zur Verbesserung der mit der Migration verbundenen Probleme einsetzen. Die Schwerpunkte der IFMH sind der Minderheitenschutz, die Friedensbildung sowie die Bekämpfung des Menschenhandels und der irregulären Migration.

Beteiligung an Migrationspartnerschaften der Schweiz mit Ländern im Westbalkan

Seit Frühjahr 2007 erfolgt das schweizerische Engagement im Rahmen der Rückkehrhilfe im Balkan durch die «Interdepartementale Leitungsgruppe Rückkehrhilfe» (ILR), welche sich an den Migrationpartnerschaften Schweiz-Westbalkan 2007-2010 beteiligt. Diese langfristig angelegten und auf einem partizipativen Ansatz beruhenden Migrationspartnerschaften sind essentiell für den nachhaltigen Aufbau der betroffenen Gesellschaften und für die Stabilisierung der teilnehmenden Regionen. Sie helfen, die Migrationsströme zu regulieren und zu kanalisieren, welche seit den Konflikten in den 90er Jahren bestehen und auch für Liechtenstein direkt spürbar waren und sind. Daher werden die Partnerschaften von Liechtenstein seit einigen Jahren finanziell mitgetragen.

Die wichtigsten Ziele der Migrationspartnerschaften sind:

- Beitrag zur Entwicklung von Migrationspartnerschaften mit Bosnien und Herzegowina, Serbien und dem Kosovo;
- Förderung der freiwilligen Rückkehr insbesondere von Minderheitenangehörigen und verletzlichen Personen im Rahmen des Rückkehrhilfeprogramms Westbalkan und der individuellen Rückkehrhilfe;
- Stärkung der Migrationsmanagement-Kapazitäten der beteiligten Staaten;
- Prävention irregulärer Migration durch soziale und wirtschaftliche Strukturhilfe.

Für die Strukturhilfe wurden drei thematische Projektklinien bestimmt:

- Kapazitätenbildung für Migrationsmanagement der verantwortlichen lokalen Behörden;
- Soziale und wirtschaftliche Entwicklung für spezifische Bevölkerungsgruppen unter hohem Migrationsdruck;
- Reintegrationshilfe für Rückkehrende und Migrations-Informationsdienste.

Die Themenschwerpunkte der Strukturhilfeprojekte werden im Rahmen des bilateralen Migrationsdialoges mit dem jeweiligen Land identifiziert und vereinbart. Das Budget von insgesamt CHF 13.5 Millionen für die Strukturhilfeprojekte wird über das Bundesamt für Migration (CHF 12 Millionen) und über die liechtensteinische IHZE (CHF 1.5 Millionen) bereitgestellt. Schweizerische Hilfswerke können sich an den Migrationspartnerschaften Schweiz-Balkan beteiligen und erhalten, sofern ihre Projekte bezüglich Zielsetzung, Zielgruppen sowie thematischer und geografischer Konzentration mit der ILR-Strategie übereinstimmen, Finanzierungsbeiträge (bis maximal 50 Prozent) aus den dafür bestimmten staatlichen Mitteln. Liechtenstein nimmt regelmässig an den Sitzungen des Projektteams Balkan teil, an welchen die Detailprojekte besprochen werden. Die Visibilität des Beitrags Liechtensteins wird in den Projektverträgen, bei Gesprächen mit Behörden, in Publikationen und öffentlichen Anlässen gewährleistet.

Staatliche Registrierung von verletzlichen Romagruppen in Bosnien und Herzegowina



Etwa 20 Prozent der Roma-Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina sind nicht staatlich registriert und haben daher nur beschränkte staatsbürgerliche Rechte.

Finanziert durch das schweizerische Bundesamt für Migration und durch die IHZE Liechtensteins unterstützt die «Interdepartementale Leitungsgruppe Rückkehrhilfe» (ILR) für die Dauer von 2008-2011 mit einem Beitrag von CHF 780'000 das UNHCR-Projekt «Unterstützung von verletzlichen Romagruppen in Bosnien und Herzegowina mit Fokus auf die staatliche Registrierung».

Obschon die Roma die grösste Gruppe von 17 nationalen Minderheiten in Bosnien und Herzegowina darstellen, fehlt bei geschätzten 20 Prozent der Romabevölkerung die Registrierung als bosnische Staatsangehörige, was ein Manko an staatsbürgerlichen Rechten zur Folge hat. Intern vertriebene Roma und Roma-Rückkehrende nach Bosnien und Herzegowina müssen zudem bei der Registrierung und Wiedereingliederung grössere Hürden überwinden als andere Minderheitengruppen. Personen ohne Personendokumente haben keinen Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten wie Sozialleistungen oder Bildungsmöglichkeiten und riskieren, staatenlos zu werden. Nur etwa 10-15 Prozent der Romakinder haben Zugang zu Schulbildung. Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss sind die Folge. Das UNHCR hat von der UNO-Generalversammlung das Mandat erhalten, die Reduktion der Staatenlosigkeit und den Schutz staatenloser Personen zu fördern, und verfügt deshalb in Bosnien und Herzegowina bereits über Erfahrungen mit Roma in diesem Bereich. Die UNO unterstützte den Zugang von Bosnien und Herzegowina zum «Roma Decade Programme» und organisierte im Juni 2006 zusammen mit dem Europarat und Bosnien und Herzegowina die «Conference on the National Strategy on Roma in Bosnia and Herzegovina – Development of Action Plans on Employment, Housing and Health Care». Als Folge dieser Konferenz setzte das Ministerium für Menschenrechte und Flüchtlinge drei Arbeitsgruppen mit dem Ziel der Entwicklung von Akti-

onsplänen für die Roma ein. Die NGO «Vasa Prava» verfügt als Umsetzungspartnerin des UNHCR über viel Erfahrung im Bereich der staatlichen Registrierung und ist im Projekt für die Identifizierung und Registrierung von nicht registrierten Roma, für die Kontaktherstellung mit verschiedenen Partnern wie Behörden auf regionaler, gliedstaatlicher und nationaler Ebene, Spitälern und NGO zuständig. Die staatlichen Organisationen haben bisher nicht die Kapazitäten, das Thema «staatliche Registrierung» anzugehen.

Die Ziele des Projektes sind:

- Rechtsberatung für staatenlose Roma und Unterstützung bei der Registrierung;
- Sensibilisierung für die Notwendigkeit zur Registrierung bei den Roma wie auch bei Behörden;
- Stärkung nationaler Kapazitäten für die Registrierung.

Prävention irregulärer Migration im Westbalkan

Das Bundesamt für Migration und Liechtenstein beteiligen sich über die «Interdepartementale Leitungsgruppe Rückkehrhilfe» (ILR) mit EUR 100'000 am Regionalprojekt «Kapazitätenentwicklung, Information und Sensibilisierung bezüglich der Förderung geregelter Migration vom und in den Westbalkan».

Eines der wichtigsten Ziele dieses Projekts ist die Prävention irregulärer Migration durch die Information der Migrantinnen und Migranten in 22 Informationszentren, die in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, im Kosovo, in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Montenegro und der Republik Serbien eingerichtet wurden. In diesen Zentren werden potenziellen Migrantinnen und Migranten Informationen und Beratungen zu den Risiken irregulärer Migration, zu den Chancen und Möglichkeiten legaler Migration und den Aussichten auf Arbeit in Europa und auf dem Balkan angeboten. Auf einer Website, die auf Englisch und in den lokalen Sprachen geführt wird, können die Adressen der Zentren, die Informationsblätter zu den Zielländern und die Newsletters aufgerufen werden (www.migrantervicecentres.org). Ein weiteres Projektziel besteht im Kompetenztransfer und im Erfahrungsaustausch auf nationaler und regionaler Ebene mittels gezielter Ausbildungsveranstaltungen zur effektiven Steuerung der Arbeitsmigration.

Friedensarbeit und Verhinderung von Menschenhandel in Bosnien und Herzegowina

Das Projekt der Caritas Schweiz zur Friedensarbeit wird in ethnisch gemischten Dörfern in Ostbosnien durchgeführt. Grundlegende Grundsätze – wie gegenseitige Rücksicht und Toleranz – werden vermittelt und zeigen einen guten Erfolg, um von der Gemeinschaft gesetzte Ziele zu erreichen. Das Projekt fördert das Vertrauen zwischen ehemaligen Kriegsrivalen und unterstützt von der Dorfgemeinschaft gewählte, multiethnische Teams in der Umsetzung von Kleinprojekten (Milchsammelstelle, Sportplatz, Strassenbeleuchtungen), welche der ganzen Dorfbevölkerung zugute kommen. Die Dorfgemeinschaften werden untereinander und mit den lokalen politischen Behörden vernetzt. Gleichzeitig werden die Gemeinden darin unterstützt, ihre Bürgerinnen und Bürger nachhaltig in administrative und finanzielle

Entscheidungen einzubeziehen. Vertreterinnen und Vertreter der Dorfgemeinschaften werden geschult, sich mit der Gemeindepolitik und ihren Bürgerrechten zu befassen. So verlangen diese von der Gemeindebehörde nun zum Beispiel transparentes Handeln, sei es durch institutionalisierte Information über Ratsentscheide, Fragestunden oder durch den Einbezug in die Budgetplanung.

Das Projekt zur Verhinderung von Menschenhandel versucht durch Aufklärungskampagnen und durch den Aufbau von alternativen Einkommensmöglichkeiten (Näh-, PC-Kurse, Gemüse- und Honigproduktion) insbesondere junge Frauen in ländlichen Gebieten, aber auch Minderheiten wie Roma zu stärken, um sie dem Einflussbereich potenzieller Menschenhändler zu entziehen.

Das von der Caritas Schweiz lancierte Projekt zur Friedensarbeit und zur Verhinderung des Menschenhandels soll den kriegsgeschädigten Menschen in Bosnien und Herzegowina neue Perspektiven aufzeigen und sie vor den Gefahren des Menschenhandels bewahren.



Nachhaltige Integration der ethnischen Minderheiten und Schulprojekte im Kosovo

Seit 2003 unterstützt Caritas Schweiz mit finanzieller Unterstützung Liechtensteins die verschiedenen ethnischen Minderheiten in den drei Gemeinden Prizren, Dragash und Strpce im Süden des Kosovo. In den drei Gemeinden leben bedeutende Minderheiten von Roma, Ashkali, Egyptans (RAE), Bosniaken, Goranis und Serben. Caritas Schweiz befähigt die lokalen Gemeinschaften, sich zu organisieren und Prioritäten für ihre Entwicklung in den Bereichen dörfliche Infrastruktur, Jugend, Frauen, Bildung und Landwirtschaft zu formulieren. Die Gemeinschaften erhalten

Unterstützung bei der Erarbeitung und der Realisierung dieser Projekte. Zudem setzt sich Caritas Schweiz dafür ein, dass diese Projekte von der zuständigen Gemeinde mitunterstützt werden. Besonders erfolgreiche Projekte betreffen die Sanierung von Strassen und Kanalisationen in den ärmeren Roma-Quartieren in Prizren, die Verbesserung der Wasserversorgung für das bosniakische Dorf Recane und im serbisch-albanischen Dorf Vica in der Gemeinde Strpce. Durch Unterstützung der lokalen Jugend- und Frauengruppen, durch die Einrichtung von Treffpunkten in den Dörfern und durch die Ausbildung deren Leitern und Leiterinnen kann auch wesentlich zu einer besseren Kommunikation und Zusammenarbeit in den Dörfern beigetragen werden. Damit wird der Frieden und die Stabilität in diesen drei Gemeinden gefördert.



In Prizren, Kosovo, werden neue Kindergärten in den Roma-Quartieren geschaffen, um die Chancen für die schulische Integration der Roma-Kinder zu erhöhen.

Im Bildungsbereich ist grosser Handlungsbedarf gegeben. Nur jedes dritte Kind hat Zugang zum Kindergarten. Dabei haben gerade Kinder mit Kriegs- oder Migrationserfahrung besonderen Bedarf an qualifizierter pädagogischer Unterstützung. Mit den finanziellen Beiträgen Liechtensteins unterstützte Caritas Schweiz im Berichtsjahr rund dreissig Kindergärten im Kosovo. Sie sicherte dabei eine qualitätsorientierte und berufsbegleitende Ausbildung von lokalen Kindergärtnerinnen, ihre pädagogische Begleitung sowie die geeignete Ausrüstung der einzelnen Kindergärten. In Prizren setzt sich die Roma-Gemeinschaft zusammen mit Caritas Schweiz ganz besonders dafür ein, dass neue Kindergärten in den Roma-Quartieren geschaffen werden, da diese die Chancen für die schulische Integration der Roma-Kinder wesentlich erhöhen. Ebenfalls hat Caritas Schweiz mit finanzieller Hilfe von Liechtenstein in Gjakova eine Berufsschule aufgebaut, die rund 500 Studierenden eine qualifizierte Berufsausbildung bietet.

Thomas Gstöhl, Ausländer- und Passamt

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit EZA konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen in zwölf Schwerpunktländern und gibt dabei der Frauenförderung, der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt in allen Aktivitäten Vorrang. Sie wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Regierung durchgeführt.

Dieser Bericht gibt einen vertieften Einblick in zwei Bereiche des LED. Die Projektarbeit wird am Schwerpunkt «ländliche Entwicklung» mit vier ausgewählten Projekten aufgezeigt. Im Personalprogramm leisteten 14 Personen zusammen 112 Einsatzmonate. Das Interview mit Dr. Heinz Frick zeigt ein Leben in der Entwicklungszusammenarbeit.

In der ersten Hälfte des Jahres 2008 platzierten sich die Hungerkrise und steigende Nahrungsmittelpreise im Zentrum des öffentlichen Interesses. Mit verstörenden Bildern von Unruhen und Plünderungen in zahlreichen afrikanischen Städten waren sie auf den Titelseiten der Tageszeitungen. Der chronische Hunger auf dem Land blieb eher unbemerkt. Er blieb auch am Ende des Jahres bestehen, als die Finanzkrise die Hungerkrise schon längst aus den Nachrichten verdrängt hatte.

Was macht der LED als privatrechtliche Entwicklungsorganisation, die auf langfristige Verbesserungen hin zielt, im Bereich ländliche Entwicklung und Nahrungsmittelsicherheit? Der Fokus des LED ist auf die (land)wirtschaftliche Aktivitäten der kleinen Bauernhöfe gerichtet, die in den meisten Entwicklungsländern das Rückgrat der Gesellschaft sind. Für komplexe Probleme gibt es selten einfache Patentlösungen, selbst nicht für so scheinbar einfache Situationen wie Hunger. Das Verteilen von Nahrungsmitteln dient der im Akutfall notwendigen Symptombekämpfung. Die Ursachenbekämpfung muss anderswo ansetzen: bei den von Menschen gemachten Handelsstrukturen, bei der Rechtssicherheit, beim Zugang zu landwirtschaftlichem Boden und in den Köpfen der Bäuerinnen und Bauern. Der LED investiert in erster Linie in die Menschen, in die Entwicklung und Verbreitung von «Know-how für alle». Darunter wird Wissen, das allen zur Verfügung steht und von allen genutzt werden kann, verstanden. Statt industrieller High-Tech-Landwirtschaft werden intelligente, naturnahe Anbaupraktiken gefördert, die den Boden schonen und verbessern.

Die Kurzbeschreibungen von vier Projektbeispielen zeigen, dass der LED im Bereich Nahrungsmittelsicherheit neben klassischen Projekten wie jenem in Niger mit geografisch eingrenzbar Zielgruppen neue Wege beschreitet. Wo das Wissen der Landwirtschaftsberater die Höfe nicht (mehr) erreicht, braucht es Alternativen. Eine davon ist das Radio, das Massenmedium des armen Menschen. Eine andere ist das Internet, das im Sog der Mobiltelefonie immer weiter auch in ländliche Regionen vordringt. Entscheidend ist, dass aktuelles, wissenschaftlich erprobtes Wissen angeboten wird, frei von Interessen der Agrochemiekonzerne. In den letzten Jahrzehnten

ist viel Wissen über naturnahes Landwirtschaften verloren gegangen. Daher ist der LED Partner des vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau durchgeführten Langzeitvergleichs von Anbaumethoden in drei Ländern auf drei Kontinenten.

Zu den Aufgaben des LED gehören auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Bewusstseinsbildung in Liechtenstein. Das Thema wurde mehrmals und in vielfältiger Weise aufgegriffen. Die erste Ausgabe des «Blickwechsels», des halbjährlichen LED-Magazins, das an alle Haushalte verteilt wird, hiess «Die grüne Vision». Zeitgleich veranstaltete der LED im Theater am Kirchplatz in Zusammenarbeit mit der Stiftung «BioVision» und der «Vereinigung bäuerlicher Organisationen» einen Vortrag mit Podiumsdiskussion unter dem Titel «Eine Vision für Afrika». Hochkarätige Experten stellten die Nöte der Bauernfamilien und die Chancen einer kleinbäuerlichen, naturnahen Landwirtschaft dar. Zum Welternährungstag organisierte der LED zusammen mit dem Verein Welt und Heimat und mit Terre des hommes den traditionellen Anlass «Fairer Brunch», der regen Zuspruch fand. Zum Jahreswechsel war der LED Mitträger der Kartoffelausstellung, die lokale und globale, historische und aktuelle Aspekte rund um diese nahrhafte Knolle beleuchtete. Im Folgenden werden vier LED-Projekte im Bereich der Nahrungssicherheit vorgestellt.

Bäuerinnen und Bauern nutzen die Informationsplattform «BioVision» zur nachhaltigen Bekämpfung von Pflanzenschädlingen und krankheitsübertragenden Insekten.



«Bio-Vision» stellt die Erkenntnisse des in Nairobi stationierten Internationalen Insektenforschungsinstituts (ICIPE) allen Landwirten kostenlos zur Verfügung.



Informationsplattform zu Pflanzenschädlingen und Krankheitsüberträgern

Projektbezeichnung	Infonet-BioVision – Informationsplattform zur ökologischen Kontrolle von Pflanzenschädlingen sowie Krankheitsüberträgern bei Mensch und Tier in Ostafrika
Land, Region	Kenia, Ostafrika
Durchführende Institution	Stiftung BioVision, Zürich, Schweiz
Dauer	Phase 1: 2005-2008
Gesamtkosten	2005-2008: CHF 755'099 / 2008: CHF 346'500
Beitrag des LED	2005-2008: CHF 646'500 / 2008: CHF 346'500

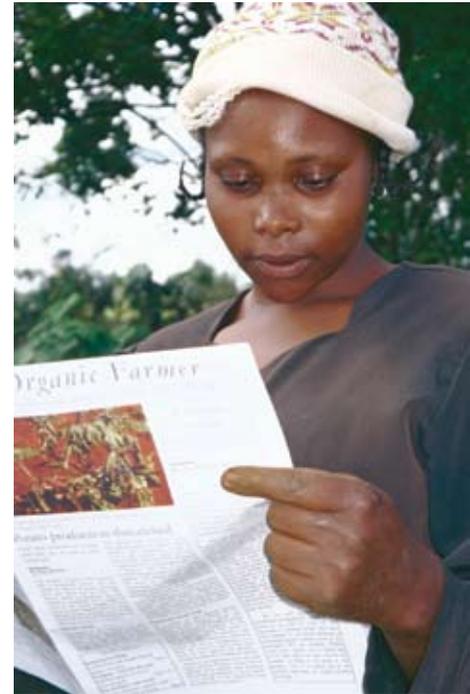
Pflanzenkrankheiten und -schädlinge beeinträchtigen in einem hohen Masse die Nahrungsproduktion. Gleichzeitig schränken Krankheiten, die mit präventiven Massnahmen verhindert werden könnten, die Arbeitskraft von Menschen und Nutztieren ein. Beispiele sind die Anopheles-Mücke (Malaria-Überträger), die Tsetse-Fliege und Zecken. Das Internationale Insektenforschungsinstitut (ICIPE) in Nairobi entwickelt fortlaufend neue Methoden für die nachhaltige Bekämpfung von Pflanzenschädlingen und krankheitsübertragenden Insekten.

Die Internet-Plattform Infonet-BioVision bereitet dieses Wissen für die lokale Bevölkerung auf und stellt es allen kostenlos zur Verfügung. Sie entstand auf Anregung von Landwirten und ist sehr benutzerfreundlich aufgebaut. Untersuchungen zeigen, dass sie von ihnen auch tatsächlich genutzt wird. Im Jahr 2008 gab es einen Workshop mit über 150 Stakeholdern, um die bisherige Arbeit zu evaluieren, das Infonet-BioVision zu verbessern und die Trägerschaft zu verbreitern.

Ein Radio zur Förderung des biologischen Landbaus

Projektbezeichnung	TOFRadio – The Organic Farmer Radio Programme
Länder	Kenia, Tansania, Uganda
Durchführende Institution	Stiftung BioVision, Zürich, Schweiz
Dauer	Juli 2008-Juni 2009, mit Option auf weitere zwei Jahre
Gesamtkosten	2008-2009: CHF 73'488 / 2008-2011: CHF 217'728
Beitrag des LED	2008-2009: CHF 73'488

TOFRadio ist eine Erweiterung der Medien- und Informationsarbeit der Bauernzeitung «The Organic Farmer (TOF)», die im April 2005 mit einer Auflage von 10'000 Exemplaren startete und seitdem stetig wächst. Das Bauernmagazin richtet sich in erster Linie an die kenianischen Kleinbauern mit konkreten Informationen zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft. Verteilt wird die Zeitung an Bauerngruppen, die sich monatlich versammeln und die Zeitung unter sich weitergeben. Dadurch erreicht der TOF, wie er von den Bauern genannt wird, eine Leserschaft, die auf ungefähr 100'000 Bäuerinnen und Bauern geschätzt wird. Da bei der Bauernzeitung die Nachfrage der Bäuerinnen und Bauern das Angebot übersteigt, wurde schon im April 2007 ein Pilot-Radioprogramm mit Inhalten des TOF lanciert. Der Pilotversuch war äusserst erfolgreich und zeigte das enorme Interesse der Bauernschaft an naturnaher Landwirtschaft. TOFRadio startete 2008 und kann auch in den Nachbarländern Tansania und Uganda gehört werden. Es ist eine ideale Ergänzung zur Internet-Plattform Infonet-BioVision.



Das TOFRadio ist eine Erweiterung der Medien- und Informationsarbeit der Bauernzeitung TOF in Kenia. Es startete 2008 und kann auch in den Nachbarländern Tansania und Uganda gehört werden.



Das Bauernmagazin «The Organic Farmer» TOF richtet sich an die kenianischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit konkreten Informationen zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft.

Landwirtschaftlicher Langzeit-Systemvergleich in den Tropen

Projektbezeichnung	Landwirtschaftlicher Langzeit-Systemvergleich in den Tropen
Länder	Bolivien, Kenia, Indien
Durchführende Institution	Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), Frick, Schweiz
Dauer	Phase 1: 2005-2008 / Phase 2: 2009-2013
Gesamtkosten	2009-2013: CHF 4'096'000
Beitrag des LED	2009-2013: CHF 1'796'000 / 2009: CHF 359'000

Die nachhaltige Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern ist eine der grossen Herausforderungen der heutigen Zeit. Die High-Tech-Landwirtschaft allein wird nicht in der Lage sein, sie zu meistern. Als Alternative bietet sich der biologische Landbau an, der den Schutz der natürlichen Ressourcen mit tiefen Produktionskosten und zusätzlichem Einkommen durch höhere Produktpreise verbindet.

Bis jetzt gibt es allerdings keine systematischen, langfristig angelegten Studien darüber, wie effizient der Biolandbau in den Tropen beziehungsweise Subtropen im Vergleich zu konventionellen Ansätzen tatsächlich ist. Ebenso mangelt es an Technologien, die an die unterschiedlichen, klimatischen Bedingungen in Entwicklungsländern angepasst sind.

2005 begann das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), zusammen mit lokalen Partnern in Kenia, Indien und Bolivien Langzeit-Feldversuche aufzubauen und den biologischen mit dem konventionellen Anbau zu vergleichen. Mit dieser Forschung werden folgende Ziele verfolgt:

- Die langfristige ökonomische und ökologische Leistungsfähigkeit des biologischen Landbaus in Entwicklungsländern unvoreingenommen zu untersuchen und
- zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern lokal angepasste Technologien zur Lösung von konkreten Problemen im biologischen Landbau in Entwicklungsländern zu entwickeln.

Ernährungssicherheit in Niger

Projektbezeichnung	Ernährungssicherheit mittels Ausbau und Entwicklung des Gemüseanbaus im Tal Dallol Bosso, Niger
Land	Niger
Durchführende Institution	SWISSAID, Bern, Schweiz
Dauer	Juli 2008 – Juni 2010
Gesamtkosten	2008-2010: CHF 227'633 / 2008: CHF 113'817
Beitrag des LED	2008-2010: CHF 227'633 / 2008: CHF 113'817

Das Projektgebiet liegt in der Region Boboye rund 100 km südlich der Hauptstadt Niamey. Die Gemeinde Harikanassou zählt 32 Dörfer mit 22'513 Einwohnern und erstreckt sich über 322 km² mitten im Tal Dallol Bosso. Dank der vielen halbpermanenten Wasserläufe liegt der Grundwasserspiegel hoch, weshalb das Tal zu den wenigen Gegenden des Landes mit Bewässerungspotential gehört und für den Ge-



müseanbau geeignet ist. Trotzdem reichen die im Regenfeldbau angebauten Grundnahrungsmittel (Hirse und Sorghum) selten aus, um die Familien das ganze Jahr zu ernähren. Daher emigrieren viele Männer während der Trockenzeit in die Nachbarländer (Nigeria, Bénin, usw.), um dort ein Einkommen zu finden. Als Gegenmassnahme wird seit einigen Jahren im Tal Dallol Bosso die Bewässerung gefördert, wobei die Männer vorwiegend in «Cash-crops» (Zuckerrohr, Mango, Zwiebeln und Kartoffeln) und die Frauen in Gemüseanbau (Salat, Kohl, Kartoffeln, Zwiebeln, etc.) investieren.

Im Jahr 2002 gründeten Einwohner der Gemeinde Harikanassou die Entwicklungsorganisation ADD WAAFAKAY. Diese unterstützt die Bewohner bei der Gründung von Dorfgruppen für landwirtschaftliche Produktion, Einkommensförderung und Umweltschutz. Die Zusammenarbeit mit SWISSAID begann im Jahr 2005. In der ersten Projektphase sind die Ernteerträge in allen Dörfern um mindestens 25 Prozent gestiegen.

Die zweite Projektphase richtet sich an die Bevölkerung aus acht Dörfern (8'021 Einwohner) und speziell an die 1'100 Landwirte, von denen rund 90 Prozent Frauen sind.

Die Ernteerträge der in Niger angebauten Grundnahrungsmittel sind in der ersten Phase des Landwirtschaftsprojekts in allen beteiligten Dörfern um mindestens 25 Prozent gestiegen.

Dr. Heinz Frick – ein Leben im Dienst der Entwicklungszusammenarbeit

I 31

Heinz und Regula Frick verbrachten
rund 40 Jahre in Indonesien.
Heinz Frick engagierte sich besonders
für die Förderung der Baubiologie
und des umweltbewussten Bauens.



Herr Frick, Sie haben mehr als ihr halbes Berufsleben als Architekt im Dienst des LED an verschiedenen Orten in Indonesien gearbeitet. Warum Entwicklungszusammenarbeit, warum Indonesien, und was haben Sie gemacht?

Dr. Heinz Frick: Über 23 Jahre war ich in Indonesien tätig, fast 22 Jahre davon im Auftrag des LED. Dass ich einmal in der EZA tätig sein möchte, wurde mir gegen Ende der Schulzeit klar. Auf Anregung des Berufsberaters bildete ich mich deshalb im Baufach aus: Kunstgewerbeschule, Hochbauzeichner, Zimmermann, Architektur am Abendtechnikum.

Eine Arbeit in der EZA zu finden, war schon damals ohne Erfahrung schwierig. Während ich in London Englisch lernte, kam plötzlich ein Angebot der Basler Mission, als Architekt und Lehrbeauftragter für Zimmerleute am Aufbau einer Holz-Lehrwerkstätte in Zentral-Kalimantan (Borneo) zu arbeiten. Die Stiftung Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED) nahm mich als Freiwilligen an. Wir warteten zwei Jahre auf unser Visum und reisten 1970 erstmals nach Indonesien, das uns in der Folge nicht mehr loslassen sollte.

An dieser Lehrwerkstätte baute ich meine ersten Pfahlbauhäuser und unterrichtete mit minimalsten Sprachkenntnissen Zimmerleute. Als wir diesen Ort nach drei Jahren verlassen wollten, bat mich der Gouverneur, drei grosse Holzbrücken zu bauen. Es wurden die grössten frei gespannten Holzbrücken Indonesiens. Ich war drei Jahre lang Bauingenieur, Projektleiter, Bauführer und Vorarbeiter in Personalunion.



Ökologisches Bauen war Heinz Frick in Indonesien ein grosses Anliegen. Zusammen mit dem Bildungszentrum «Umwelt-Mensch-Bau» entwickelte er einen ganzheitlichen, international anerkannten Lehrgang für künftige indonesische Bauökologen.

Danach wollten wir nach Liechtenstein zurückkehren, was wir aber wegen der herrschenden Rezession verschieben mussten. Dank guter Beziehungen zu einem schweizerischen Jesuitenbruder, der in Semarang eine Lehrwerkstätte für Holz führte, fand ich eine neue Arbeit als Dozent für Entwurf, Baustatik und Holzkonstruktion im neu gegründeten «Institut Teknologi Katolik» (ITK) in Semarang. In dieser Zeit schrieb ich meine ersten Baufachbücher in indonesischer Sprache.

Im Mai 1979 zogen wir wegen der Schule für unsere zwei Kinder nach Ruggell. Ich eröffnete ein Architekturbüro und unterrichtete im Teilzeitauftrag Zimmereilehrlinge an der Berufsschule in Wetzikon. Meine asiatisch geprägten Lebensvorstellungen liessen sich schwer mit den liechtensteinischen Gegebenheiten in Einklang bringen, so dass ich mich erneut nach Indonesien ausrichtete. Fast jedes Jahr hielt ich mich zwei Monate lang für Vorträge, Seminare oder Vorlesungen in Indonesien auf. An der ETH Zürich absolvierte ich 1984/85 das Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer und promovierte im Anschluss daran bei Prof. Peter Schmid an der TU in Eindhoven über Strukturformen indonesischer Bautechnik.

Im März 1996 ging es erneut nach Semarang. An dem inzwischen zur Soegijapranata Volluniversität gewachsenen ITK mit der akademischen Zielsetzung «eco-settlement» hatte ich die Aufgabe, die Bauökologie als zentrales Element im Architektur-Lehrplan zu etablieren. «Eco-settlement» war ein verheissungsvolles, noch leeres Gefäss, das es zu füllen galt. Daneben wollte ich meine früheren Baufachbücher überarbeiten, ergänzen und neu herausgeben. So schrieb ich bis zu unserer Rückkehr im November 2008 neue Lehrbücher über Tragwerkslehre, Materialkunde, ökologisches Bauen, Konstruieren mit Bambus und Bauphysik, während ich die Lehrbücher über Baukonstruktionslehre, Holzbau, Existenzminimumhäuser total überarbeitete und aktualisierte. Ich animierte jeweils einen Dozentenkollegen zur Mitarbeit, damit diese Bücher auch nach meiner Rückkehr nach Europa betreut würden. Zusammen mit den Heften des LMB befinden sich heute 30 Titel auf dem Markt. Nahezu 300'000 Bücher von mir wurden bisher verkauft.

Ihr Anliegen waren immer Räume und Strukturen, die ein menschengerechtes Zusammenleben fördern. Sie nannten Ihr Institut an der Universität in Semarang «Umwelt-Mensch-Bau». Wie ist das zu verstehen?

Die Zusammenarbeit mit Prof. Peter Schmid, dem bekannten Baubiologen, öffnete mir die Augen für die Zusammenhänge zwischen Gesundheit, Bauen und Umwelt. Schon 1984 hatte ich in Indonesien Vorlesungen über Baubiologie gehalten. Von da an übernahm ich in meinem Architekturbüro nur noch baubiologische Aufgaben. Meine Aufgabe an der Soegijapranata Universität war es in erster Linie, die Weiterbildung der Dozenten zu betreuen. Es fehlte an Richtlinien für Forschung und Diplomarbeiten, und die Dozenten verfügten kaum über baubiologisches Grundlagenwissen. Auf der Suche nach einem geeigneten Partner fanden wir das neuseeländische Baubiologie Institut BBE. In einem zweijährigen Fernkurs bildeten wir zehn Dozenten zu zertifizierten Baubiologen weiter.

Der ursprüngliche Plan, die Architekturabteilung auf ökologisches Bauen auszurichten, liess sich aus verschiedenen Gründen nicht realisieren. Stattdessen gründeten die neu ausgebildeten Baubiologen das Bildungszentrum Umwelt-Mensch-Bau (LMB), das direkt dem Rektor unterstellt war. Das LMB entwickelte in der Folge einen eigenen, ganzheitlichen, international anerkannten Lehrgang für künftige indonesische Bauökologen. Leider ist in Indonesien so wenig Umweltbewusstsein vorhanden, dass dieser Lehrgang nur ein einziges Mal durchgeführt werden konnte. Wir verlegten uns daher auf die Publikation kleiner Hefte zu umweltrelevanten Schwerpunkten, begannen mit bewusstseinsfördernden Kursen an Primarschulen und boten unsere Dienstleistungen auch öffentlich an. So wurde das LMB nach dem Tsunami von Aceh und dem Erdbeben von Yogyakarta um Mithilfe beim Wiederaufbau gebeten.

Nun sind Sie und Ihre Frau Regula seit vier Monaten wieder in Ruggell. Wie sehr sind Sie schon daheim?

Seit November 2008 sind wir nun, nach meiner Pensionierung, wieder zurück in Ruggell. Wir geniessen die ländliche Umgebung, die Ruhe und vor allem die saubere Luft und den Komfort, dass alles reibungslos funktioniert. Bis unser Sohn und seine Familie ihr eigenes Haus beziehen konnten, lebten wir die ersten drei Monate zusammen mit ihnen in unserem Haus. Nun gilt es, uns wieder nach unseren eigenen Vorstellungen einzurichten, um uns vollkommen daheim zu fühlen. Erst dann werden wir unseren Erfahrungskreis nach aussen erweitern können. Wir möchten einen Rückschlag wie in den 80er Jahren vermeiden. Trotzdem hat uns dieser harte Winter zu schaffen gemacht, und wir hoffen, uns im nächsten Winter wenigstens für zwei Monate in Indonesien aufwärmen zu können.

Rudolf Batliner, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich Liechtenstein auf drei Schwerpunkte: Der erste Schwerpunkt ist der Schutz und die Erhaltung der Umwelt. In diesem Bereich, der vom Amt für Wald, Natur und Landschaft betreut wird, engagiert sich Liechtenstein als Alpenstaat insbesondere für die Entwicklung von Bergregionen. Ein zweiter Schwerpunkt Liechtensteins liegt im Bereich der guten Regierungsführung («Good Governance»). Dieser Bereich beinhaltet unter anderem die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, die Stärkung von Rechtstaatlichkeit und Demokratie sowie die Bekämpfung des internationalen Verbrechens. An diesem Schwerpunkt wird deutlich, wie sich die multilaterale und die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit gegenseitig ergänzen, denn die gute Regierungsführung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung in den Zielländern und trägt zu einer erhöhten Wirksamkeit der übrigen Entwicklungszusammenarbeit bei. Als dritter Schwerpunkt engagiert sich Liechtenstein in der Bekämpfung von HIV/Aids. Auch hier zeigt sich der komplementäre Charakter der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit des LED, denn auch der LED setzt sich im Rahmen von Basisgesundheitsprogrammen für die Bekämpfung von HIV/Aids ein. Die beiden multilateralen Schwerpunkte «Gute Regierungsführung» und «HIV/Aids» werden vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten betreut.

In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit hat Liechtenstein im Jahr 2008 Gelder in der Höhe von CHF 2.45 Millionen vergeben. Bei einem Gesamtbudget der IHZE von gut CHF 25 Millionen entspricht dies ungefähr zehn Prozent der gesamten Mittel.

Liechtensteins Partner in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind einerseits internationale Organisationen. Zu nennen sind hier vor allem die UNO mit ihren Unter- und Sonderorganisationen, Fonds und Programmen, sowie der Europarat, die OSZE und die WTO. Andererseits arbeitet Liechtenstein in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu einem beträchtlichen Teil mit internationalen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Folterprävention und -bekämpfung als Teil des Engagements für Good Governance

Der Schutz der Menschenrechte ist eine der aussenpolitischen Prioritäten der liechtensteinischen Regierung. So ist es eine logische Konsequenz, dass sich Liechtenstein auch innerhalb der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung für eine Stärkung des Menschenrechtsschutzes einsetzt. Der Ausbau des Menschenrechtsschutzes ist ein zentrales Element von Entwicklung, denn bei drohender körperlicher Gewalt, Diskriminierung, Demütigung und Machtlosigkeit haben betroffene Menschen keine Chance, ohne Unterstützung von aussen eine Verbesserung ihrer Situation zu erreichen.



«Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.» (Allgemeine Menschenrechts-erklärung, Art. 5)

Unter anderem setzt sich Liechtenstein für die Prävention und Bekämpfung von Folter ein. Liechtenstein unterstützt sowohl den UNO-Fonds für Folteropfer als auch zwei Nichtregierungsorganisationen, nämlich die Weltorganisation gegen Folter (Organisation Mondiale contre la Torture, OMCT) und die Vereinigung zur Verhütung der Folter (Association pour la prévention de la torture, APT). Dieses Engagement ist Teil des Schwerpunkts «Gute Regierungsführung».

Bei den Beiträgen an den UNO-Fonds für Folteropfer und an die Weltorganisation gegen Folter handelt es sich um nicht zweckgebundene Mittel, die den Organisationen zur freien Verfügung übergeben werden. Der Vorteil solcher allgemeiner Beiträge besteht darin, dass die Organisationen diese dort einsetzen können, wo sie am dringendsten benötigt werden, und dass sie damit ihre administrative Infrastruktur finanzieren können, die für die Realisierung der Projekte vor Ort unerlässlich ist. Der UNO-Fonds für Folteropfer (UN Voluntary Fund for Victims of Torture) wurde im Jahr 1981 durch die UNO-Generalversammlung geschaffen, um Folteropfern und ihren Familien psychologische, medizinische, soziale, rechtliche und wirtschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen. Der Fonds leistet Beiträge an Nichtregierungsorganisationen, welche in den genannten Bereichen Hilfe für Folteropfer leisten. Liechtenstein unterstützt den UNO-Fonds für Folteropfer seit vielen Jahren, im Jahr 2008 leistete das Land einen Unterstützungsbeitrag in der Höhe von CHF 25'000. Die Weltorganisation gegen Folter (Organisation Mondiale contre la Torture, OMCT, www.omct.org) ist ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen, welche sich gegen Folter, Massenexekutionen, erzwungenes Verschwindenlassen und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen einsetzen. Im Jahr 1986 startete die OMCT mit 48 Mitgliedern, heute besteht das Netzwerk aus über 290 Mitgliedsorganisationen. Das internationale Sekretariat der OMCT in Genf bietet Hunderten von Folteropfern Hilfe und reagiert auf akute Menschenrechtsverletzungen durch Folter mit dringenden Appellen an die Weltgemeinschaft. Die Weltorganisation gegen Folter wird von Liechtenstein ebenfalls bereits seit Langem unterstützt – im Jahr 2008 erhielt sie einen Betrag von CHF 15'000.

Liechtenstein vergibt auch spezifische Projektbeiträge im Bereich der Folterprävention: So unterstützte Liechtenstein im Berichtsjahr die Nichtregierungsorganisation «Association pour la prévention de la torture» (APT, www.apr.ch) für ein Präventionsprogramm in Lateinamerika mit CHF 100'000. Dieses hat zum Ziel, die lateinamerikanischen Staaten in den kommenden Jahren bei der Ratifikation des Zusatzprotokolls zur UNO-Konvention gegen die Folter zu begleiten. Das Protokoll ist ein völkerrechtliches Instrument mit dem Ziel, sämtliche Haftanstalten einer internationalen und nationalen Überprüfung zu unterstellen. Das Programm in Lateinamerika bietet Unterstützung bei der Ausarbeitung und Implementierung der nationalen Präventionsmechanismen und bei der Ausbildung des Vollzugspersonals sowie der Richter und Staatsanwälte. Die APT hat in den vergangenen Jahren sehr aktiv bei der Erarbeitung des Zusatzprotokolls zur UNO-Konvention gegen die Folter (OP-CAT) mitgearbeitet. Liechtenstein hat die UNO-Konvention gegen Folter sowie das entsprechende Zusatzprotokoll ratifiziert.

HIV/Aids – ein globales Problem

HIV/Aids zerstört das gesellschaftliche und soziale Gefüge ganzer Regionen und ist ein wesentliches Hemmnis für deren nachhaltige Entwicklung. Aufgrund der in vielen Entwicklungsländern anhaltend hohen HIV-Ansteckungsraten und der globalen Relevanz der HIV/Aids-Bekämpfung ist ein internationales und mehrere Ebenen umfassendes Engagement zentraler Bestandteil der liechtensteinschen IHZE. Mit dem Engagement in diesem Bereich leistet Liechtenstein auch einen Beitrag zur Erreichung der UNO-Millenniumsentwicklungsziele: Eines der im Jahr 2000 festgelegten Ziele lautet, dass alle HIV/Aids-Betroffenen bis im Jahr 2010 Zugang zu medizinischer Behandlung erhalten sollen und die Ausbreitung von HIV/Aids bis im Jahr 2015 zum Stillstand gebracht und danach weiter reduziert wird.

Im Berichtsjahr 2008 vergab Liechtenstein im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit CHF 202'000 den grössten Beitrag in diesem Bereich an den «Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose» (www.theglobalfund.org). Die Gründung dieses Fonds wurde anlässlich der Sondersession der Vereinten Nationen über HIV/Aids im Juni 2001 beschlossen, an welcher auch Liechtenstein auf Regierungsebene vertreten war. Zweck des seit 2002 operativen Fonds ist die Beschaffung, Verwaltung und Auszahlung von finanziellen Ressourcen für HIV/Aids-Programme auf der ganzen Welt. Die Programme des Fonds besitzen einen subsidiären Charakter, das heisst, dass sie bereits bestehende Initiativen in den betroffenen Ländern nicht ersetzen, sondern diese ergänzen oder stärken.



Im Jahr 2007 lebten nach Schätzungen des Globalen AIDS-Fonds weltweit 33.2 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus, ungefähr 2.5 Millionen Menschen wurden neu infiziert und 2.1 Millionen Menschen starben an AIDS.



Beratung und Aufklärung sind wichtige Bestandteile des UNICEF-HIV-Präventionsprojekts in Albanien.

Neben dem Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose gingen im Berichtsjahr CHF 25'000 an das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS, www.unaids.org). Dieses Programm wurde im Jahr 1996 mit dem Ziel geschaffen, Ländern bei der Umsetzung ihrer nationalen HIV/Aids-Bekämpfungspläne technische Unterstützung zu leisten. Je nach Themenbereich kommt eine der dem Programm angeschlossenen UNO-Unterorganisationen zum Einsatz.

Schliesslich unterstützte Liechtenstein im Jahr 2008 zum wiederholten Male ein mehrjähriges UNICEF-Projekt für jugendliche Drogenabhängige in Albanien mit CHF 53'000. Das Projekt hat zum Ziel, den Zugang von jugendlichen Drogenabhängigen zu Beratung und Informationsmaterial zu verbessern sowie deren Bewusstsein für riskantes Verhalten zu erhöhen und so zu einem Rückgang von Neuinfektionen unter dieser Risikogruppe beizutragen.

*Christine Lingg und Andrea Hoch
Amt für Auswärtige Angelegenheiten*

Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern in Zentralasien und im Kaukasus

Im Zusammenhang mit dem Schutz und der Erhaltung der Umwelt engagiert sich Liechtenstein als Alpenstaat insbesondere für die Entwicklung von Bergregionen. Unter dem Dach der Alpenkonvention (www.alpconv.org) pflegen die Alpenstaaten eine Partnerschaft mit Gebirgsregionen im Balkan, in den Karpaten, im Kaukasus und in Zentralasien. Dabei geben die Leitlinien, für welche die «Internationale Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung von Bergregionen» (www.mountainpartnership.org) eintritt, die Handlungsfelder vor: Gemeinsame Aktivitäten der Vertragsstaaten in den Bereichen «Governance» und «Capacity Building» oder zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden ebenso unterstützt wie bilaterale und multilaterale Projekte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu arbeitet das verantwortliche Amt für Wald, Natur und Landschaft mit internationalen Organisationen, lokalen und regionalen Regierungen oder Verwaltungen sowie Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt den Aufbau oder die Stärkung von einschlägig tätigen Netzwerken vor Ort.

Zusammen mit anderen Partnern, insbesondere dem Deutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (www.umweltministerium.de) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA, www.admin.deza.ch) hat Liechtenstein vor Jahren die Gründung und den Aufbau einer zentralasiatischen Bergdorfallianz («CAMP Alato» – Alliance of Central Asian Mountain Communities www.camp.kg) nach dem Muster des Gemeindeforschungsnetzwerks «Allianz in den Alpen» unterstützt. Mitglieder dieser Allianz umfassen lokale Selbstverwaltungseinheiten in Kirgistan, in Tadschikistan und in Kasachstan. Diese sind die Ansprechpartner für CAMP, mit dessen Unterstützung die Dörfer einen ganzen Dorfentwicklungsprozess durchlaufen (Planung, Demokratisierung, Projektimplementierung, Mobilisation, Ausbildung, Bewusstseinsbildung). Im Folgenden werden zwei Projektbeispiele vorgestellt.

Energie- und Ressourcenmanagement in Kirgistan

Die Stromversorgung in zentralasiatischen Gebirgsdörfern bricht immer häufiger zusammen – dies besonders während der Winterzeit. Da Strom auch einer der Hauptenergieträger für die Heizung, die Nahrungszubereitung und die Kommunikation ist, nimmt die Mangelsituation immer dramatischere Dimensionen an. Ganze Familien leben während der Winterzeit, das heisst zeitweise bei Aussentemperaturen bis zu -30°C , ohne Energieversorgung. Wer unter diesen Bedingungen sein Haus in der Winterzeit nicht beheizen, mindestens einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu sich nehmen und einmal die Woche heisses Wasser für hygienische Zwecke zur Verfügung haben kann, muss über kurz oder lang mit gravierenden gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen rechnen. Die Ausgaben für Energie stellen für viele Familien eine ungeheure Belastung des Haushaltbudgets dar. Um dieser Kostenfalle zu entgehen, stellen viele Haushalte auf «betriebseigene» Energieträger um, das heisst sie verbrennen vermehrt getrockneten Mist (bis zu drei Tonnen pro Haushalt und Win-

ter). Dies führt längerfristig zu schweren Ernteeinbußen, da auch die Versorgung mit Mineraldüngern nicht funktioniert. Ohnehin spärlich vorhandene Busch- und Baumressourcen werden zunehmend abgeholzt, was unter anderem zu Erosion und Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes führt.

Gestützt auf die Erfahrungen eines Pilotprojektes fördert Liechtenstein seit 2002 eine breit angelegte Kampagne im Bereich des Energie- und Ressourcenmanagements, insbesondere konkrete Projekte zur Isolation von Wohnhäusern und zur Verbesserung von deren Herden und Öfen. Verbunden werden diese Projekte mit Informations- und Ausbildungsprogrammen sowie entsprechenden Lern- und praktischen Umsetzungshilfen.

Ein alter Herd und Backofen im Hof eines Hauses. Das von Liechtenstein unterstützte Projekt zielt auf die Verbesserung von Herden und Öfen in Kirgistan.



2002 initiierten Liechtenstein und das Deutsche Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das Projekt «Nachhaltige Entwicklung von Bergregionen im Kaukasus – Lokale Agenda 21» in den Kaukasusländern Armenien, Aserbaidshan, Georgien und in der Russischen Föderation. Als regionaler Partner und Koordinator fungiert das auf Beschluss der ECE-Ministerkonferenz «Umwelt für Europa» (www.unece.org) seit 2001 arbeitende Regionale Umweltzentrum Kaukasus (www.rec-caucasus.org). Das Zentrum wurde im Berichtsjahr mit CHF 315'000 unterstützt.

Nachhaltige Entwicklung von Bergdörfern im Kaukasus und in Russland

Trotz schwieriger politischer Umstände unterziehen sich Bergdörfer unter Einschluss breiter Bevölkerungskreise einer Selbstevaluation, prüfen unterschiedliche Entwicklungsszenarien, legen Strategien und Massnahmen für eine nachhaltige Entwicklung fest und planen konkrete Umsetzungsprojekte. Diese Bergdörfer, welche alle in Grenzregionen liegen, tun dies nicht zuletzt auch mit Blick auf einen zukünftigen Informations- und Erfahrungsaustausch im Rahmen eines einzurichtenden grenzüberschreitenden Gemeindeforschungsnetzwerks. Mittel zur Entwicklungsplanung und zur konkreten Umsetzung von 14 derzeit durchgeführten oder kürzlich abgeschlossenen Kleinprojekten steuerten bei: das Land Liechtenstein, die Medicor Foundation Liechtenstein, die International Lottery Foundation Liechtenstein und die VP Bank Liechtenstein.



Isolationsarbeiten sind wichtiger Bestandteil des Projekts zum verbesserten Energie- und Ressourcenmanagement innerhalb der zentralasiatischen Bergdorfallianz «CAMP».

Felix Näscher, Amt für Wald, Natur und Landschaft

Internationale Solidarität als Priorität der liechtensteinischen Aussenpolitik

Das Konzept der internationalen Solidarität ist in den Zielen und Prioritäten der liechtensteinischen Aussenpolitik konkret verankert. Es umfasst den Einsatz für ein friedliches Zusammenleben der Völker, die Linderung von Not und Armut in der Welt sowie die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie. Die liechtensteinische Aussenpolitik ist daher nicht nur Interessens-, sondern auch Solidaritätspolitik.



Mit der IHZE leistet Liechtenstein einen Beitrag für die Schaffung einer Welt, welche allen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine menschenwürdige und lebensfrohe Existenz in Sicherheit und Frieden bietet.

Im Rahmen der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung setzt sich Liechtenstein für alle Menschen, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder anderer Merkmale ein. Mit bewährten Partnerorganisationen engagiert sich die liechtensteinische IHZE gleichermassen für nachhaltige Projekte vor Ort wie für international vernetzte thematische Programme.

42 | Sie bemüht sich um eine Weiterentwicklung und verbesserte Anwendung der Menschenrechte, vor allem der Rechte von verletzlichen Gruppen, wie Flüchtlingen, intern Vertriebenen und Migrierenden, widmet sich dem Kampf gegen die Armut, gegen den Menschenhandel als moderne Form der Sklaverei, sowie der Vermeidung von Folter und anderen Arten unmenschlicher Behandlung. Sie engagiert sich für eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen und für die langfristige Erhaltung der Umwelt.

Gemessen an den realen Zahlen mag die liechtensteinische IHZE mit ihren Mitteln – im Berichtsjahr 2008 beliefen sie sich auf rund CHF 25.5 Millionen – alleine keine entscheidenden Veränderungen bewirken, doch gilt für die IHZE wie für die gesamte Aussenpolitik: Die Bewältigung globaler Probleme und die Verwirklichung der Vision einer besseren Welt können letztlich nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten gelingen – und dabei kommt es auf das Engagement aller an. Liechtenstein wird aufgrund seiner langjährigen Bemühungen in der IHZE als verlässlicher und glaubwürdiger Partner innerhalb der Weltgemeinschaft anerkannt und respektiert.

*Botschafter Roland Marxer
Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten*

Impressum

Bildnachweis

Biovision-TOF (©): Seite 28, 29

Heinz Frick (©): Seite 32

Carl de Keyzer (© IKRK): Seite 17, 18

Peter Lüthi (©): Seite 26, 27, 30

David Orr (© WFP): Seite 19

Marcus Prior (© WFP): Seite 1

Martin Walser (©): Seite 6, 10, 12, 15, 21, 36, 37

Layout

Grafik Sabine Bockmühl, Triesen

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

© AAA, Juni 2009

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Heiligkreuz 14
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 60 57
F +423 236 60 59

info@aaa.llv.li
www.llv.li